

Merkel, das IPCC und die Geister, die sie rief: Teil 2 – Horrende Kosten

geschrieben von Chris Frey | 3. September 2019

Von allen Seiten wird uns weisgemacht, „die Wissenschaft“ sei sich darin einig, dass wir mehr oder weniger all unser Geld abgeben müssen, um das Überleben der Menschheit und des ganzen Planeten zu retten. Die gleichen Leute, die uns ganz unverblümt zusammen mit unserem Bankkonto auch den mühsam erarbeiteten Lebensstandard abspenstig machen wollen, säuselten uns noch 2004 vor, dass uns die Energiewende nicht mehr kosten würde als eine Kugel Eis im Monat (Bundesumweltminister Jürgen Trittin). Inzwischen ist vor allem eines klar: Es wird teurer, sogar sehr viel teurer. Nur gibt es dazu keinerlei Kostenklarheit, keine belastbaren Zahlen darüber, was die „Energiewende“ bisher gekostet hat und was man uns in Zukunft noch zumuten will. Im Gegenteil, offensichtlich wird sogar nach Kräften versucht, die Bevölkerung über das wahre Ausmaß des Raubzugs auf ihre Geldbeutel zu täuschen. Ohne klaren Masterplan ist das auch gar nicht möglich, weshalb die Befürworter nicht einmal ansatzweise Zahlen präsentieren können. Misstrauen sollte jedoch schon allein die Tatsache erwecken, dass selbst für die Vergangenheit keine klaren Angaben darüber zu finden sind, was uns für die Energiewende bisher schon abverlangt wurde.

Verschleierung durch Salami taktik

Wer sich in diese Fragestellung einarbeitet, merkt nach kurzer Zeit, dass hinter dieser Unklarheit Absicht steckt. Die Unklarheit wurde seitens der Politik mit Bedacht herbeigeführt, um die Ungeheuerlichkeit der Abzocke, die da betrieben wird, zu verschleiern. Zwar kann man unschwer erkennen, dass wir inzwischen die mehr oder weniger höchsten Strompreise in Europa haben, aber exakte Zahlen sind durch einen Wust von hier und da erhobenen „Kleckerbeträgen“ so geschickt verschleiert, dass es äußerst schwer fällt, die tatsächlichen Summen zu ermitteln. Haupttrick dieser „kreativen Buchhaltung“ ist zunächst, dass die Politik im Prinzip zulasten des Bürgers jährlich immer wieder neue 20jährige Leasingverträge abschließt, die er nach und nach über die gesamte Laufzeit mit Zins, Zinseszins und Gewinn für den Finanzier abstottern muss. Anders ausgedrückt: Noch die Generation unserer Kinder wird das abbezahlen müssen, was unsere heutigen Politiker uns da eingebrockt haben. Die Verantwortlichen sind dann schon

längst im Rentenalter und zehren von ihren ebenso „wohlverdienten“ wie üppigen Abgeordnetenpensionen. Schauen wir uns einmal genauer an, wie dabei vorgegangen wurde.

Das Täuscher-Tuch für den Bürger: Die EEG-Umlage

Ebenso wie spanische Toreros ein Tuch verwenden, um den starken, aber dummen Stier zu täuschen und ins Leere laufen zu lassen, benutzt die deutsche Politik die sogenannte EEG-Umlage, um der Bevölkerung eine vermeintlich erträgliche Belastung vorzugaukeln. Wohl auch deshalb fiel diese Umlage im ersten Jahr (2000) mit nur 0,19 ct/ kWh auf der Stromrechnung den Verbrauchern kaum ins Auge. Da auch eine satte Steigerung um 31,5 % auf dann 0,25 ct/ kWh im Folgejahr „ohne allzu großes Geschrei“ (Spruch © Jean-Claude Juncker) akzeptiert wurde, drehte man an diesem Stellrad bis zum Jahr 2017 munter weiter. Als dann mit 6,88 ct/kWh (bei einem Strompreis knapp unter 30 ct/ kWh) die Steigerung bei sage und schreibe rund 3600 % lag, begann selbst dem braven deutschen Michel die Hutschnur zu platzen, und man beschloss, diesen Betrag vorerst zumindest optisch zu deckeln. Doch schon lange vorher hatte man über Jahre hinweg systematisch dafür gesorgt, dass immer neue zusätzliche Zapfstellen eingerichtet wurden, um die Bevölkerung mithilfe zahlloser Ausreden eben unter anderem Etikett zusätzlich zu schröpfen.

Der Leasing-Trick

Schon allein die EEG-Umlage stellt per se einen „Beschiss“ am Bürger dar, weil ihm nicht klargemacht wurde, dass es sich hierbei mitnichten um jährliche Einmalzahlungen handelt, wie es der Blick auf die jährlichen Auszahlungen laut EEG-Umlage zu suggerieren scheint, **Bild 2**.

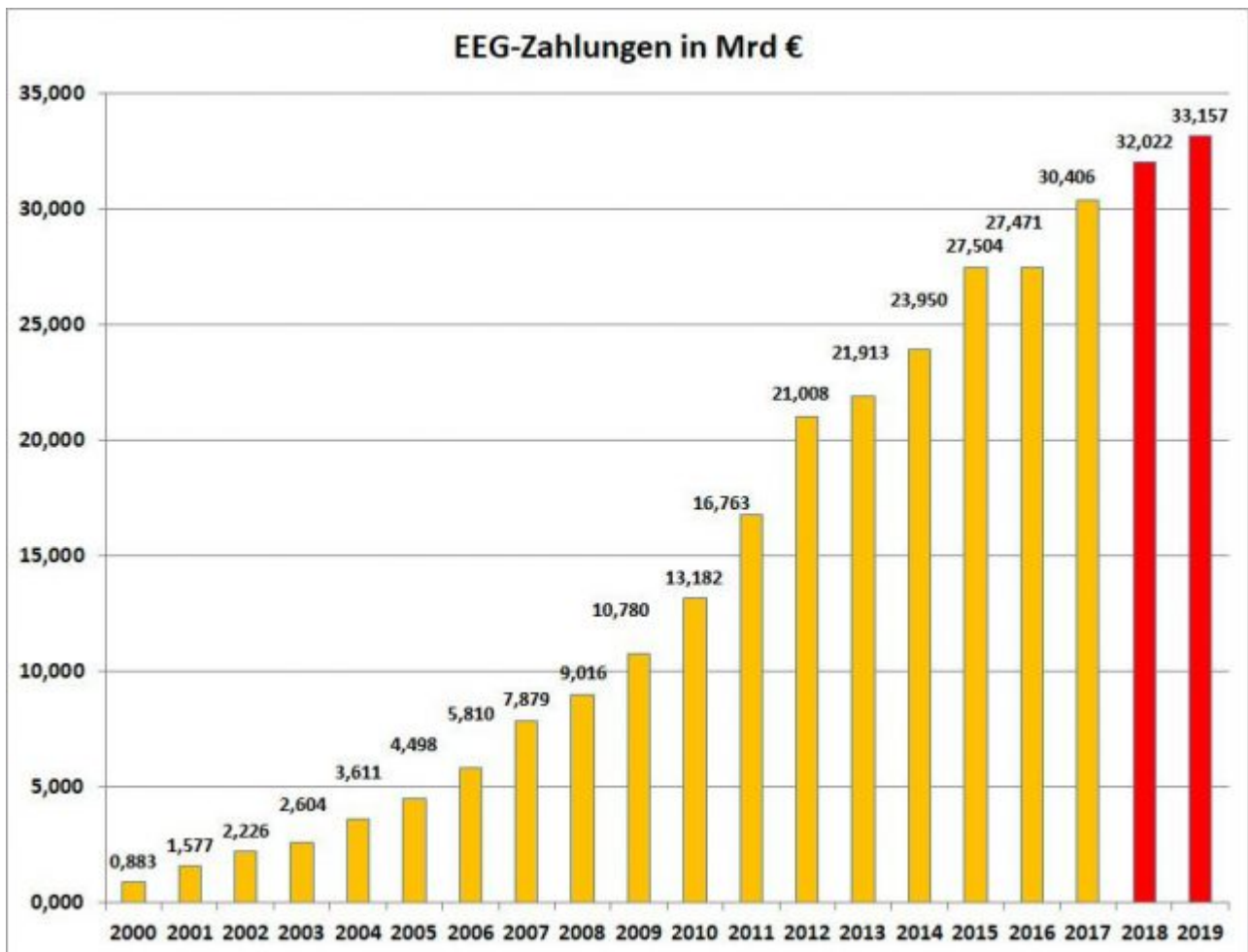


Bild 2. In der Öffentlichkeit wird in den meisten Fällen nur die Höhe der jährlichen EEG-Auszahlungen an die Anlagenbetreiber wahrgenommen (Zahlen für 2018 und 2019 beruhen auf amtlichen Prognosen) (Grafik: Autor, Datenquelle)

Der aus Sicht der Politik geradezu geniale Dreh bei der EEG-Umlage besteht darin, dass der Staat für den Aufbau der „erneuerbaren“ Stromerzeugung kein eigenes Geld in die Hand nimmt, sondern Finanzhaie Investoren angelockt hat. Diesen wurde für ihre Investition eine für 20 Jahre laufende feste Abnahme- und Preisgarantie zugesichert. Die Zahlung im ersten Jahr ist nur eine erste Tranche für eine Verpflichtung, die für Laufzeit von 20 Jahren festgeschrieben wurde. Selbst wenn beschlossen würde, ab heute keinerlei neue Wind- oder Solaranlagen mehr zu errichten, müssten wir den vorhandenen Bestand noch für teils 20 Jahre hinweg abbezahlen.

Im Prinzip wird demnach so getan, als ginge es bei diesem Leasinggeschäft nur um die Höhe der einzelnen Leasingrate. Dabei würde im Privatleben niemand in dieser Weise z.B. ein Auto leasen. Jeder, der seine fünf Sinne beisammenhat, fragt vor Abschluss

eines Leasingvertrags doch nach dem Kaufpreis. Hinzu kommen als wesentlichen Größen noch die Laufzeit und die Höhe der zu zahlenden Rate. Nach dieser Reihenfolge wird beurteilt, ob sich der Abschluss eines solchen Vertrags überhaupt rechnet. Beim EEG ist es dagegen so, dass der Staat selbstherrlich die Verträge abschließt und dem Volk nur die Höhe der aktuellen Rate mitteilt. Der Preis wird ebenso verschwiegen wie die unglaublich lange Laufzeit der Verträge, was im Prinzip als sittenwidrig einzustufen wäre. Im Zusammenhang mit den EEG-Zahlungen wird in der Öffentlichkeit jedoch fast nur über die Höhe der jeweiligen Ratenzahlung gesprochen. Erst wenn man die Gesamtsumme der bisherigen Ratenzahlen über die bisher 19 Jahre zusammenrechnet, beginnt man zu erahnen, was da wirklich passiert, **Bild 3**.

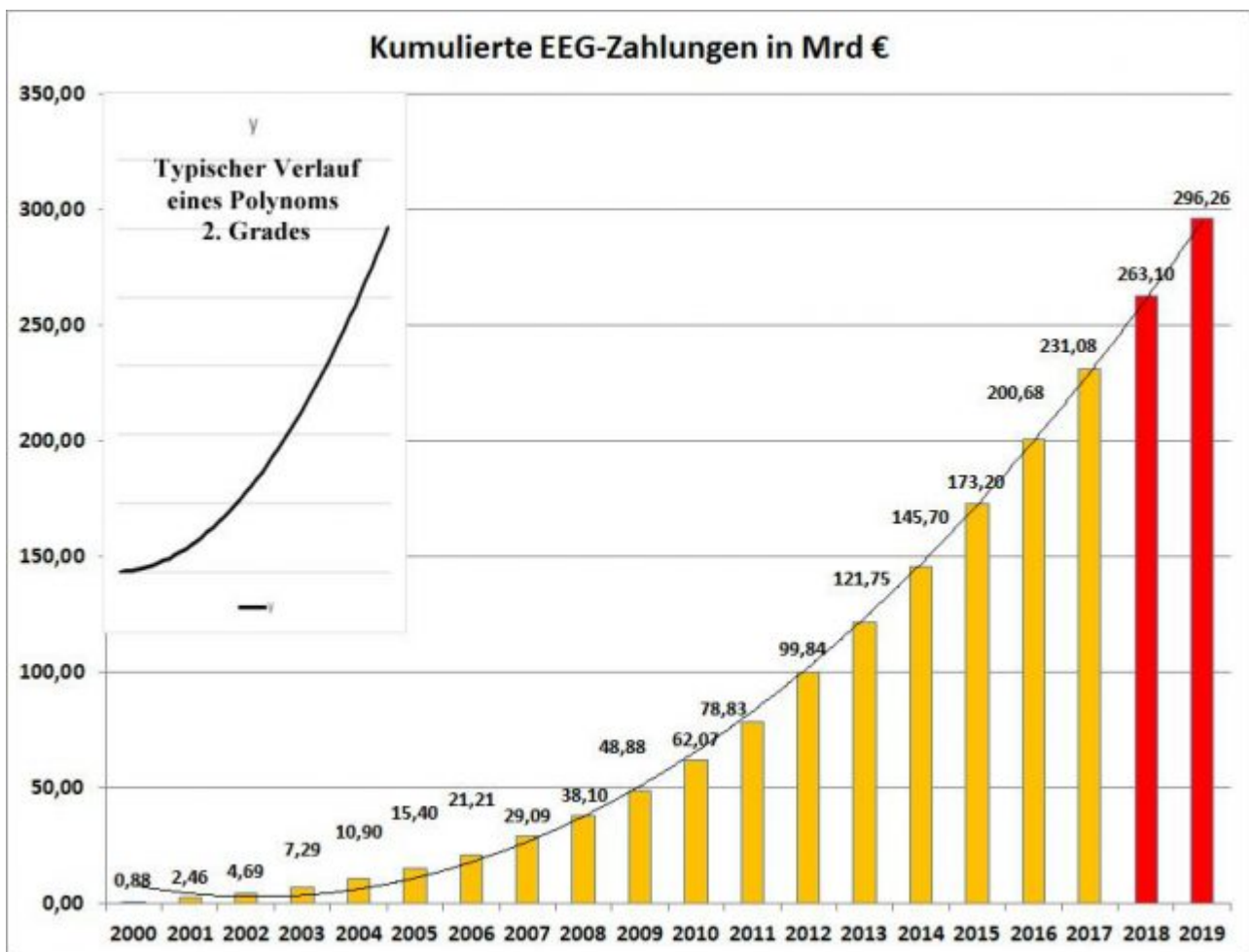


Bild 3. Kumulierte jährliche EEG-Auszahlungen an die Anlagenbetreiber seit 2000 (Zahlen für 2018 und 2019 beruhen auf amtlichen Prognosen) (Grafik: Autor, Datenquelle)

Zur Verdeutlichung wurde der Grafik eine Trendlinie hinzugefügt, die auf einem Polynom 2. Grades (typischer Verlauf siehe kleines Teilbild) beruht. Wie man sieht, bildet diese Trendlinie für die

Jahre seit 2002 den Verlauf der Kostenentwicklung erstaunlich gut ab. Für jeden mit kaufmännischem Verstand ist eine solche Kurvenform ein Alarmsignal erster Ordnung, denn es charakterisiert eine „runaway cost“-Situation, d.h. eine Entwicklung, die außer Kontrolle geraten ist und immer schneller auf eine Katastrophe zusteuert. Solche Kurven sind typisch für betrügerische „Schneeballsysteme“ bzw. die aus den USA bekannten „Ponzi-schemes“ bei Investmentbetrugsfällen. Die Bundesregierung scheint jedoch entschlossen, diesen für Deutschland fatalen Kurs sogar noch erheblich zu beschleunigen. Dabei sind wir selbst mit den Zahlen von **Bild 3** von der Wahrheit noch sehr weit entfernt.

Wie bereits dargelegt, handelt es sich bei den EEG-Zahlungen im Prinzip um die Kosten für zahlreiche einzelne Leasingverträge mit einander überlappenden Laufzeiten, die im Laufe der letzten 20 Jahre mit einer sehr großen Zahl von Investoren abgeschlossen wurden. Während sich manche dieser Verträge inzwischen dem Ende ihrer Laufzeit nähern, wurden ständig neue abgeschlossen, die wir teils noch für bis zu zwei Jahrzehnte abzustottern haben. Entscheidend für den Schuldner dieser Zahlungen – das ist das deutsche Volk – ist letztlich die Gesamtsumme, die für den bisher installierten „Fuhrpark“ zu Buche steht. Dies erfordert ein wenig Rechenaufwand, da jährlich Verträge auslaufen und andere hinzukommen. Die resultierende Gesamtsumme ist zwar mit kleineren Unsicherheiten behaftet, vermittelt jedoch ein zutreffendes Bild der Gesamtsituation, **Bild 4**.

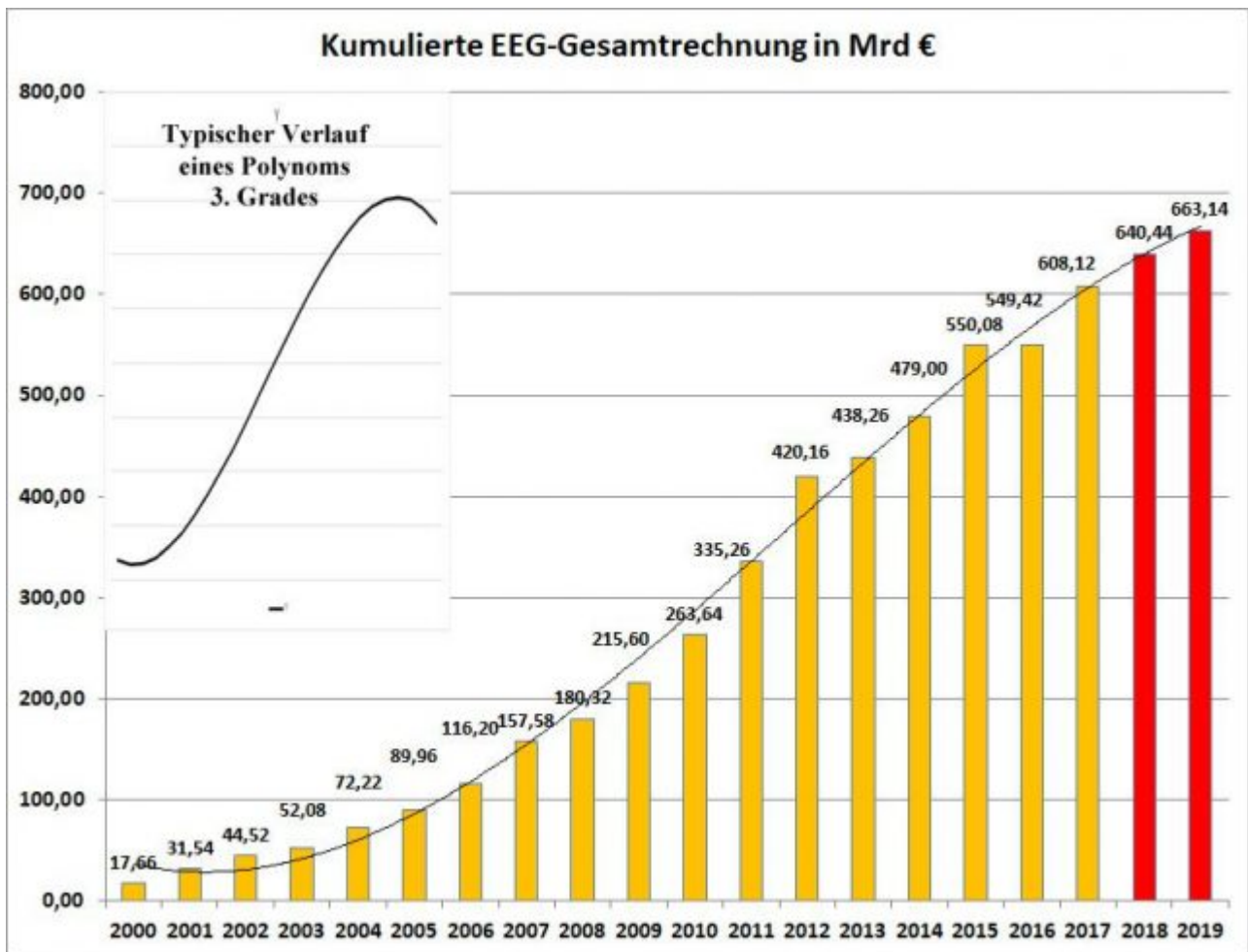


Bild 4. Gesamtbild der allein durch das EEG von 2000 bis zum Ablauf des Jahres 2019 verursachten Kosten und Zahlungsverpflichtungen (Zahlen für 2018 und 2019 beruhen auf amtlichen Prognosen) (Berechnungen und Grafik vom Autor, Datenquelle)

Auch bei **Bild 4** wurde eine Trendlinie hinzugefügt, die den Verlauf ebenfalls mit zufriedenstellender Genauigkeit abbildet. Im Unterschied zu **Bild 3** entspricht diese Kurve jedoch einem Polynom 3. Ordnung (typischer Verlauf siehe kleines Teilbild), d.h. sie strebt einem Maximum zu, ab dem es wieder abwärts gehen wird. Dies wird von den Analysten in den Fonds und Stiftungen, welche die größten Profiteure der „Klimawandel-Verhinderungsindustrie“ sind, natürlich sorgfältig registriert, deutet es doch darauf hin, dass ihre Einnahmen in Zukunft nicht mehr so reichlich sprudeln werden. Dies dürfte der Grund dafür sein, warum die Klimaangst-Kampagnen in letzter Zeit so verschärft wurden und inzwischen geradezu groteske Proportionen annehmen: Die bisherige Melkkuh beginnt zu schwächeln und man versucht, noch das letzte bisschen an Profit herauszupressen. Danach wird man die Entwicklung feststellen können, die für solche Krisen typisch ist.



Bild 5. Grüne Heuschrecken sind Schädlinge, die ganze Landstriche kahlfressen und ruinieren, um dann weiterziehen und woanders ihre Schandtaten zu wiederholen (Foto: Autor)

Der Markt wird umschwenken, sobald sich zeigt, dass mit dem Neubau von Kohle- und Kernkraftwerken bessere Geschäfte zu machen sind als mit Windmühlen und Solarpaneelen. Wie üblich wird es einige Schlaue geben (**Bild 5**), die den Kipppunkt im Finanzklima rechtzeitig erkannt haben, und eine Menge Verlierer, die zu lange auf den bisherigen Trend gesetzt haben und dann feststellen müssen, dass die Blase des „Neuen Grünen Markts“ geplatzt ist und die entsprechenden Aktien 80 – 98 % ihres Werts verloren haben. Dann werden wieder viele wie Fische auf dem Trockenen zappeln und zahlreiche Karrieren geknickt werden. Wer in der jetzigen Lage noch aggressiv Klimawandel-Hysterie verbreitet, sollte sich Gedanken darüber machen, wie er in einigen Jahren beruflich dastehen könnte.

Wie die Politik den Energiemarkt zusätzlich manipuliert hat

Als Besonderheit der aktuellen Situation bei der Energieversorgung ist festzustellen, dass die Politik in den letzten Jahrzehnten den Energiemarkt nicht nur durch einseitige Förderung der „guten, grünen“ Stromerzeugung manipuliert hat. Den Windbaronen und Sonnenkönigen wurden für ihre Investitionen nicht nur 20jährige feste Abnahme- und Preisgarantien zugesichert. Man gewährte ihnen zusätzlich zu den EEG-Zahlungen noch weitere Garantien und direkte Subventionen wie kostenlosen Netzanschluss z.B. bei Offshoreanlagen oder die Bezahlung selbst von solchem Strom, der wegen unzureichender Netzkapazitäten nicht abgenommen werden kann. Eine Vorstellung des Umfangs dieser Privilegien und ihrer Auswirkungen auf den Strompreis vermittelt **Bild 6**.

Als weiteres Maßnahmenpaket wurden Behinderungen des Marktzugangs der konventionellen Kraftwerke gesetzlich verankert. Da die Netzbetreiber den chaotisch schwankenden Strom der „grünen“ Stromerzeuger grundsätzlich komplett abnehmen müssen, werden die konventionellen Kraftwerke gezwungen, ihre Anlagen im unwirtschaftlichen Teillastbetrieb zu fahren. Zudem lassen sich ihre Kraftwerke nicht so einfach herauf- oder herunterregeln oder gar stillsetzen und schnell wieder anfahren. Die Produktion der Anlagen, die aus Gründen der Netzsicherheit nicht abgeschaltet werden dürfen, muss dann zu teils negativen Preisen im Ausland entsorgt werden. Zudem kann der Staat über willkürliche Abgaben – die sogenannten CO₂-Zertifikate – die Produktionskosten der Betreiber von konventionellen Kraftwerken nach Belieben nach oben treiben, um sie zu benachteiligen und vom Markt zu verdrängen. Das sind Rahmenbedingungen, die es in einer freien Marktwirtschaft nirgendwo gibt. Kein Wunder, dass die „grünen Heuschrecken“ seither Deutschland mit Milliarden an Kapital regelrecht überfallen haben.

Hinzu kommen Gesetze, die es grünen Lobbygruppen erlauben, die Betreiber konventioneller Kraftwerke vor Gericht fertigzumachen. Jüngste Auswüchse dieser Politik sind neben dem Trauerspiel um den Hambacher Forst die Verweigerung der Inbetriebnahme für das fertige Kohlekraftwerk in Datteln sowie die soeben erfolgte gerichtliche Stilllegung des Kraftwerks Jänschwalde.

Zusatztricks: Die „kleinen Nebenkosten“

Wie bereits erwähnt, hat der Staat auf der Suche nach neuen Quellen für seine chronisch leergeplünderten Kassen im Lauf der Jahre ständig zusätzliche und diskret versteckte Zusatzkosten und

Steuern auf den Strompreis obendrauf gesattelt. Wie das EEG haben auch diese ihren Ursprung in der Klima- und CO₂-Hysterie und sind daher dem EEG-Kostenrahmen hinzuzurechnen. Die folgende Liste zeigt, wie phantasievoll die Politik in Sachen Geldeintreibung vorgeht:

– CO₂-Zertifikate (versteckt im Erzeuger-Strompreis der Kraftwerke)

Bild 7

– Außerplanmäßige Ausschreibungen (bis 2016: 6,1 Mrd.)

– KWK-Gesamtumlage (bis 2016: 7,8 Mrd.)

– Forschungsausgaben Bund/ Länder (bis 2016: 3,9 Mrd.)

– Negative Strompreise (bis 2016: 0,2 Mrd.)

– Offshore- Haftungsumlage (bis 2016: 1,6 Mrd.)

– Umlage für abschaltbare Lasten nach §18 AbLaF (bis 2016: 0,6 Mrd.)

– Netzreserve (bis 2016: 0,3 Mrd.)

– Einspeisemanagement (bis 2016: 0,7 Mrd.)

– Redispatch (bis 2016: 1,0 Mrd.)

– Zinsvergünstigung (bis 2016: 3,7 Mrd.)

– Umlage für Preisnachlässe für Großabnehmer lt. § 19 NEV seit dem 1.1.2012 (8,77 Mrd.)

– „Ökosteuern“ (Stromsteuer) derzeit 2,05 ct/ kWh (11,76 Mrd., eigene Berechnung)

– Mehrwertsteuer (bis 2006 16 %, ab 2007 19 %) (ca. 140 Mrd., eigene Berechnung)

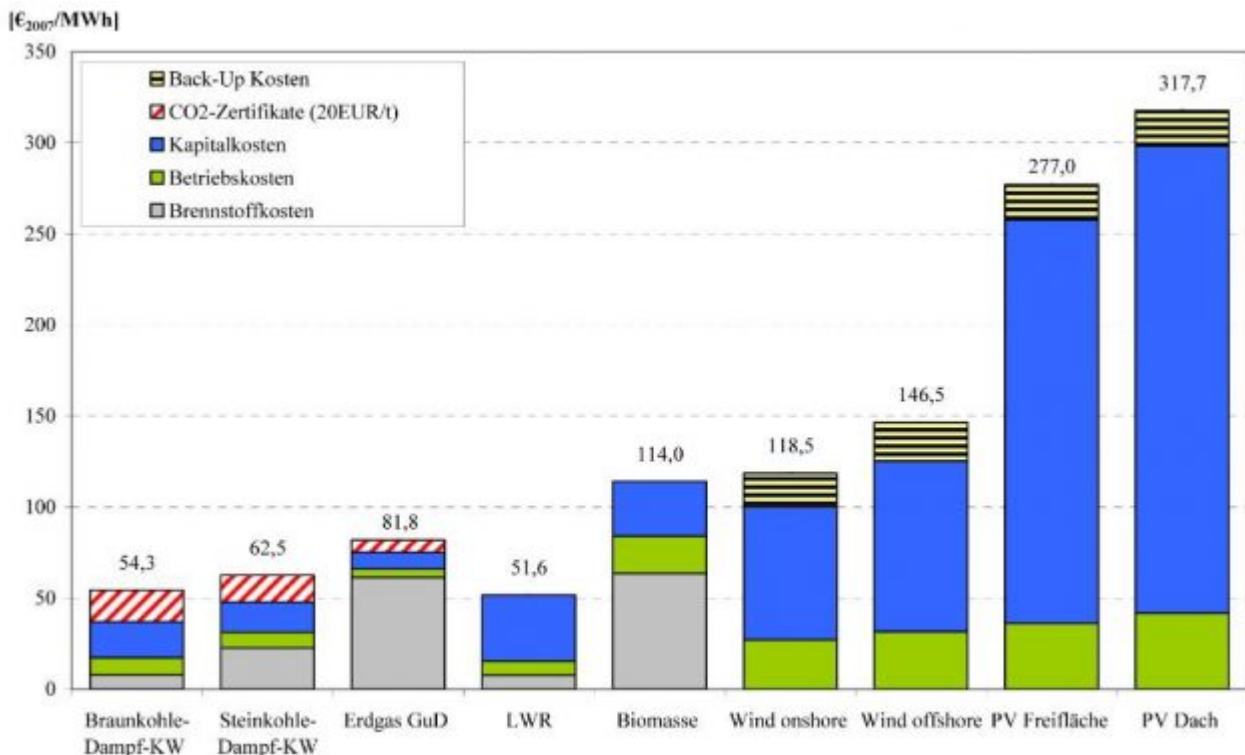


Bild 7. Kosten der Elektrizitätsgewinnung ausgewählter Kraftwerke, Inbetriebnahmejahr ab 2015 (Diskontrate 7,5 %, Energieträgerpreisentwicklung: Basis) (Grafik: IER Uni Stuttgart)

Fr. Ober, die Rechnung bitte

Eine einigermaßen genaue Berechnung der bisherigen Kosten der Energiewende ist angesichts der Komplexität der gesetzlichen Vorgaben und des teilweisen Mangels an verlässlichen, frei zugänglichen Zahlen nur eingeschränkt möglich bzw. mit Unsicherheiten behaftet. Um der tatsächlichen Zahl näherzukommen, muss man teils recht aufwendige Berechnungen durchführen, da manche der Positionen nicht nach Jahren aufgelöst zur Verfügung stehen und in anderen Fällen herausgerechnet werden muss, welche Anteile für Haushalte oder Gewerbe zu berücksichtigen sind.

Eine weitere wesentliche Unsicherheit entsteht bezüglich des durch das EEG bedingten Ausbaus der Stromnetze, dessen Kosten in den mittlerweile rapide steigenden Netzentgelten der Übertragungsnetzbetreiber versteckt sind. Schon jetzt handelt es sich um hohe zweistellige Milliardenbeträge. Auch hier wurden – so wie auch bei der EEG-Umlage – die bereits bezifferbaren künftigen Verpflichtungen den Gesamtkosten des EEG zugeschlagen. Doch das ist nur die Spitze des Eisbergs, denn in den nächsten Jahren werden darüber hinaus noch weitere hohe drei- oder gar vierstellige Milliardenbeträge für den weiteren „klimabedingten“ Ausbau der Netze auf uns zukommen. Dabei geht es nicht nur wie bei

den bisherigen Planungen um die rund 35.000 km des Hochspannungs-Transportnetzes, sondern letztlich um das gesamte deutsche Stromnetz. Wer Heizungen und Autos von Öl oder Gas auf Elektrizität umstellen möchte, wird im Prinzip das gesamte deutsche Stromnetz mit seiner Länge von ca. 1,8 Mio. km massiv ausbauen müssen. Und von den gerade beschlossenen Kohleausstiegs-Milliarden war in diesem Zusammenhang noch gar nicht die Rede..

Macht man jetzt einen Strich unter das Zahlenwerk und rechnet die gesamten der „Klimaretter“ anrechenbaren Positionen mit Umlagen, Abgaben und Steuern sowie die Kosten des jetzt beschlossenen Ausstiegs von ca. 40-60 Mrd. zusammen, so ergibt sich eine Zahl, die selbst schlimmste Befürchtungen mehr als deutlich übertrifft: Zwanzig Jahre EEG werden uns bis Ende des Jahres eine runde Billion Euro (1.000.000.000.000,- €) gekostet haben. Die Kugel Eis des Grünen Ministers Trittin wird uns noch für lange, lange Zeit sehr schwer im Magen liegen. Der Verfasser dieses Aufsatzes gibt zu, dass er zu Beginn der Untersuchung selbst nicht mit einem derart erschütternden Ergebnis gerechnet hatte und vor Beginn der Recherche von vielleicht 500-600 Mrd. € ausgegangen war. Die noch viel zu zurückhaltenden Zahlen aus der vor wenigen Wochen in Teil 1 dieses Artikels veröffentlichten Abschätzung der künftigen Kosten der Energiewende müssen deshalb alle korrigiert – und zwar glatt verdoppelt – werden.

Die (Kosten) im Dunkeln sieht man nicht

Noch gar nicht enthalten sind in diesen Zahlen die ganz allgemein gestiegenen Lebenshaltungskosten der Allgemeinheit aufgrund der Lasten, welche das EEG der gesamten Volkswirtschaft aufzwingt. Jeder Bäcker, Bauer, Handwerker und auch jeder Industriebetrieb muss alle seine Kosten mit Aufschlägen an die Kundschaft – und das sind letztlich wir alle – weiterreichen. Der in Deutschland erzeugte Strom geht nur zu rund einem Viertel direkt an die Haushalte, 75 % landen in der Wirtschaft – bzw. in den öffentlichen Verwaltungen, wo sie ebenfalls in Form höherer Gebühren, Abgaben und Steuern gleich wieder an den kleinen Mann weitergereicht werden. Wer sich mit solchen Kostenkalkulationen auskennt weiß, dass sich diese Eingangskosten über den langen Weg bis zum Endprodukt vervielfachen. Beispiel sind die Stromkosten von Kohlekraftwerken, die je nach Brennstoff bei nur 3,5-5 ct/ kWh liegen, wenn wir den (rein durch staatliche Willkür bedingten) CO₂-Aufschlag einmal herausrechnen, **Bild 7**. Bis der Strom im Haushalt ankommt, liegt er bekanntlich schon bei um die 30 ct/ kWh. Leider lassen sich viele dieser Beträge nicht mehr mit vertretbarem Aufwand errechnen, doch dürfte die daraus resultierende

Gesamtbelastung der Volkswirtschaft den hier errechneten Kostenrahmen noch um ein Mehrfaches übertreffen. Jürgen Trittin, Merkel und klein Greta hinterlassen Deutschland ein Erbe, das mit jedem Jahr schwerer wird. Die Exportnation Deutschland treibt derzeit ihre Industrie mit der Peitsche ins Exil. Im Interesse unserer Kinder und Enkel muss dieser Wahnsinn so schnell wie möglich gestoppt werden.

Andersherum gerechnet würde die kWh Strom heute den Bürger deutlich unter 15 ct kosten, wenn uns Greta, Greenpeace sowie die in allen deutschen Altparteien inzwischen vorherrschenden Grünen nicht den Unsinn vom Klimawandel aufschwätzen würden. Der Staatsanteil am Strompreis liegt derzeit bei exorbitanten 54 % und dürfte weiter steigen, solange diese Kräfte gnadenlos die Stromwirtschaft als Melkkuh für ihre Weltrettungsfantasien missbrauchen, **Bild 8**.

Entwicklung der Strompreise: Steuern, Abgaben und Umlagen um 110 Prozent gestiegen

Durchschnittliche Zusammensetzung des Strompreises 2018 für einen Haushalt in Deutschland (3.500 kWh Jahresverbrauch)

Entwicklung der durchschnittlichen monatlichen Stromrechnung für einen Haushalt in Deutschland (3.500 kWh Jahresverbrauch)

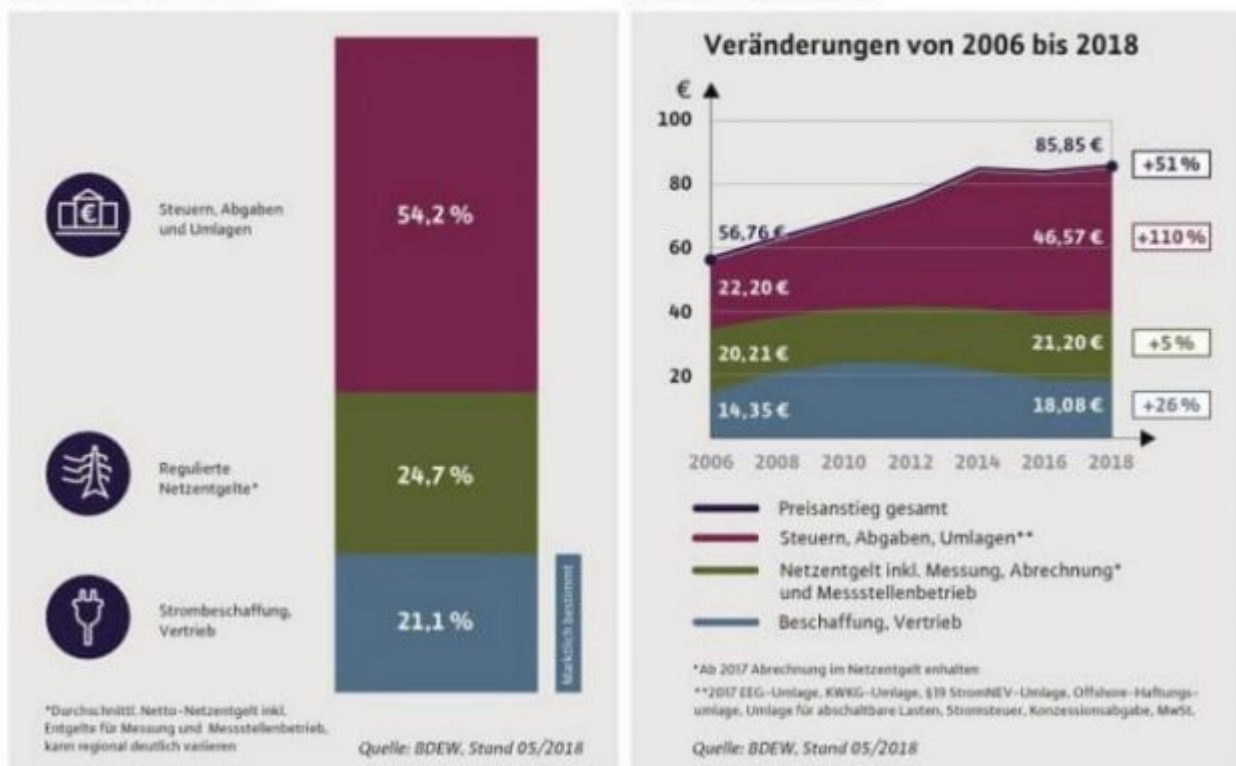


Bild 8. Der Staat hat allein im Lauf der letzten 12 Jahre seine Einnahmen aus der Stromerzeugung um 110 % erhöht (Grafik: BDEW)

Hintergrundliteratur

Limburg, M.; Mueller, F.: Strom ist nicht gleich Strom TvR
Medienverlag, Jena, ISBN 978-3-940431-54-7